

Auswertung der BUND-Umfrage zu kommunalen Anpassungsstrategien an den anthropogenen Klimawandel in der Region Neckar-Alb

Projekt von Lisa Grötschel und Barbara Lupp
Zeitraum: November 2020 bis Februar 2021

Im November 2020 verschickte der BUND Regionalverband Neckar-Alb eine Umfrage zur Klimaanpassung an alle Kommunen ab rund 10.000 Einwohnern in der Region Neckar-Alb. Von den angefragten 22 Kommunen haben elf unsere Umfrage beantwortet. Auf ihren Antworten basiert diese Auswertung:

Alle Kommunen hatten in den letzten zehn Jahren unter den Folgen von extremen Wetterereignissen und/oder anderen negativen Klimafolgen zu leiden. Hierbei wurden am häufigsten die Starkregenniederschläge bzw. Sturzfluten genannt. Die Hälfte der Kommunen gab an, auch unter Hochwasser zu leiden. Da hier die geografische Lage der jeweiligen Kommunen berücksichtigt werden muss, ist davon auszugehen, dass alle Kommunen in Gewässernähe von Hochwasser betroffen waren und sind. Starke Niederschläge auch abseits von Gewässern können zu überschwemmten Kellern, Straßen usw. führen. Interessanterweise gab allerdings nur die Hälfte der Kommunen an, unter Hitze- bzw. Dürreperioden zu leiden. Trotzdem nehmen wir an, dass die [Hitzesommer der letzten Jahre](#) für die Bevölkerung aller beteiligten Kommunen mehr oder weniger belastend waren.

Um nun diesen extremen, insbesondere zukünftigen Wetterereignissen entgegenzuwirken, verfolgen alle Kommunen, die geantwortet hatten, Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel, über 60 % der Kommunen haben einzelne davon bereits umgesetzt.

Die meisten Maßnahmen wurden im Handlungsfeld Wasserhaushalt und Wasserwirtschaft unternommen. Das ist nicht verwunderlich, weil Überschwemmungen in kurzer Zeit großen Schaden anrichten können und das Land deshalb kommunale Hochwasserschutzmaßnahmen mit erheblichen Mitteln fördert.

Es wird insbesondere die lokale Versickerung gefördert sowie eine wassersensitive Stadtentwicklung und –planung betrieben, bei der die Kommunen eine Flächen-, Risiko- und Bauvorsorge bzgl. Niedrig- und Hochwasser im öffentlichen Raum treffen. Zudem schaffen bzw. erhalten die meisten Kommunen Retentionsräume in Siedlungen und betreiben ökologischen, naturnahen Hochwasserschutz. Ebenfalls hält die Hälfte der Kommunen Flächen für potenzielle Rückhaltebecken frei. Nur drei Kommunen berücksichtigen das Wassermanagement beim Bau von Gebäuden, was in gewisser Weise der Aussage, das man „wassersensitive Siedlungsentwicklung“ betreibt, widerspricht. Schließlich werden vereinzelt Auen-Restbestände erhalten oder gefördert.

Die Hälfte der Kommunen unternimmt weitere Schritte im Bereich biologische Vielfalt/ Natur- und Umweltschutz sowie Wald- & Forstwirtschaft. Hier pflanzen die meisten Kommunen Blühstreifen (hoffentlich mehrjährig, insektenfreundlich und trockenheitsresistent). Zudem

wählen sie klimaangepasste, standortgerechte Bäume aus. In diesem Zusammenhang haben fast alle Kommunen angegeben, Pflegemaßnahmen umzusetzen. Aufgrund der unpräzisen Formulierung fallen hierunter u. a. Bewässerung und Rückschnitt von Bäumen und Sträuchern (der allerdings insbesondere bei wenig Personal und großen Maschinen nicht immer naturverträglich durchgeführt wird.)

Ebenfalls steht die Förderung von Mischbeständen und des Artenreichtums im Fokus der Hälfte der Kommunen. Gerade in Zeiten des Klimawandels sind viele Tier- und Pflanzenarten darauf angewiesen, zu wandern bzw. ihre Ausbreitungsschwerpunkte zu verlagern. Zum Schutz bzw. zur Ausbreitung von Arten erhalten, stärken und weiten ein Viertel der Kommunen Schutzgebiete als Kernflächen aus. Leider arbeiten nur zwei Kommunen an einer Vernetzung der Schutzgebiete, Grünflächen und Grünzüge.

Als Maßnahme gegen die Hitze im Sommer in den Städten ist das Freihalten von Frischluftschneisen für alle Kommunen ein weiterer zentraler Punkt. Zusätzlich sieht über die Hälfte der Kommunen die Anlagen von Brunnen und Wasserspiele als sinnvoll an, ebenso wie die Begrünung von Straßenzügen. Die Hälfte der Kommunen setzt als Maßnahme ebenfalls auf helle Beläge für Verkehrsflächen, damit diese sich durch die Sonneneinstrahlung nicht zu sehr aufheizen. Ein Viertel der befragten Kommunen schafft in diesem Zusammenhang „Grüne Oasen“ zur Beschattung des öffentlichen Raums und/ oder stellt öffentliche Trinkwasserbrunnen zur Verfügung. Gleichzeitig gibt die Hälfte der Kommunen an, Natur & Landschaft bei Planungen zur berücksichtigen – es stellt sich natürlich die Frage, wie die Abwägung aussieht, wenn z. B. landwirtschaftlichen Flächen mit Gewerbeplanungen konkurrieren.

Als wichtig erachten die befragten Gemeinden auch die Klimaanpassung im Bereich Bauwesen bzw. Raum-, Regional- und Bauleitplanung. So spricht sich mehr als die Hälfte der Kommunen im Bereich bebauter Gebiete bzw. Neubaugebiete für Flächenrecycling, also Erhalt und Ausbau anstatt Neubau, aus und sie verfolgen eine Reduktion bzw. Stopp der Flächeninanspruchnahme. Der Aspekt Erhalt und Ausbau ist allen Kommunen wichtig. So treiben alle Kommunen die Sanierung und Modernisierung gemeindeeigener Gebäude voran und fördern die Sanierung und Modernisierung privater Gebäude. In diesem Rahmen spielen vor allem die Wärmedämmung und die Dach- und Fassadenbegrünung eine zentrale Rolle.

Leider erfolgen laut der Auswertung keine kommunalen Maßnahmen zur Förderung der Klimaanpassung im Bereich Industrie & Gewerbe. Ebenso haben über die Hälfte der Kommunen keine Maßnahmen im Bereich Gesundheit geplant bzw. umgesetzt.

Die Hälfte der Kommunen stellt der Öffentlichkeit Notfall- bzw. Evakuierungspläne für Extremwetterereignisse zur Verfügung – ob derartige Pläne bei den anderen Kommunen nicht notwendig sind oder nur noch nicht erstellt wurden, wurde hier nicht ausgewertet.

Des Weiteren haben nur drei Kommunen Bildungsangebote zum Thema Nachhaltigkeit und Natur entwickelt. Im Bereich Gesundheit ergreift nur eine Kommunen Maßnahmen wie Hitzeberatung mittels Beratungsstellen und eine weitere Kommune stellt sogenannte „Kühlwesten“ im Sommer bereit.

Laut Auswertung sehen die Kommunen Probleme bei der Umsetzung insbesondere bei knappen Ressourcen in der Vorbereitung als auch Umsetzung, wobei hier nicht in finanziell, personell oder mit Blick auf die Kompetenzen aufgeschlüsselt wird. Interessanterweise ist laut der Befragungsergebnisse die Akzeptanz für Klimaanpassungsmaßnahmen sowohl in der

Bevölkerung, der Verwaltung als auch in der Wirtschaft gegeben. Auch scheinen die Kommunen sich nicht durch eine unzureichende Datenlage sowie unzureichende Erfahrungen bzw. Unsicherheiten im Umgang mit dem Klimawandel vom Handeln pro Klimaschutz und Klimaanpassung abhalten zu lassen.

Die Stadt Reutlingen hat ein Klimagutachten und unseres Wissens als einzige Kommune in der Region eine sogenannte „[Verwundbarkeitsanalyse](#)“ erstellen lassen. Die Stadt Tübingen immerhin ein grob gerastertes [Kaltluftgutachten](#). Ob die empfohlenen Maßnahmen umgesetzt werden, hängt auch davon ab, ob die Kommunen aufgrund ihrer „Corona-klammen“ Finanzlage kurzfristig nicht andere Prioritäten setzen, wohlwissend, dass Defizite in der Klimaanpassung und im Klimaschutz uns sehr teuer zu stehen kommen. Unter anderem sollte einkalkuliert werden, dass die Bevölkerung altert und gerade ältere [Mitbürger*innen unter \(Stau-\)Hitze leiden oder sogar daran sterben](#).

Bei den Einzelfragen haben wir nicht zwischen „ist geplant“ oder „wird umgesetzt“ differenziert. Das Beispiel der Reutlinger Studie zeigt jedoch, dass die Akzeptanz und das Wissen um sinnvolle Maßnahmen sowie die Erstellung von Plänen und Konzepten nicht gleichbedeutend sind mit deren (zeitnaher) Umsetzung: Immer noch werden für die Wasserversickerung oder als Kühl- und Frischluftquelle wichtige Grünflächen überbaut, Biotopvernetzungspläne nicht umgesetzt und leicht zugängliche Trinkwasserbrunnen existieren nur in den wenigsten Gemeinden in der Region Neckar-Alb.

Viele Klimaanpassungsmaßnahmen (wie der Erhalt und die Förderung natürlicher Retentionsräume, wasserspeichernder und humusreicher Böden oder naturnaher Grünflächen) dienen auch dem Klimaschutz, dem Naturschutz und der Erholung.

Diese nicht repräsentativen BUND-Umfrage soll die Entscheidungsträger*innen in Kommunalparlamenten und Verwaltungen anregen, die bis zu einem gewissen Grad überlebenswichtigen Maßnahmen zur Klimaanpassung bei ihren Planungen und Beschlüssen zukünftig stärker berücksichtigen - für unsere und für die folgenden Generationen.